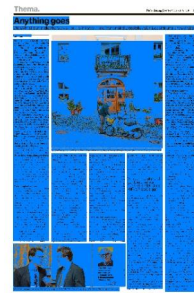


Datum: 25.05.2016

Basler Zeitung



Basler Zeitung / Berufs- & Weiterbildung.
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

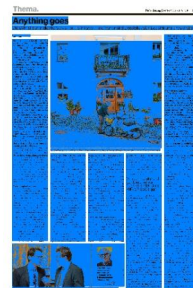
Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 2
Fläche: 129'780 mm²

Anything goes

Die SVP ist gegen die Pro-Service-public-Initiative – ihre Wähler sind grossteils dafür. Besichtigung eines Grabens



Ist die Post schon da? Der Pöstler im Berggebiet als politische Sehnsucht – ein Bild aus Sent, Kanton Graubünden. Foto Key



Basler Zeitung / Berufs- & Weiterbildung.
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 2
Fläche: 129'780 mm²

Von Samuel Tanner

Heute ist ein gutes Beispiel, sagt Herr Vonier ins Telefon, jetzt haben wir Nachmittag, und wo ist die Post? Immer noch nicht da. Manchmal kommt sie um acht, manchmal um zehn – jetzt ist 14 Uhr und Wil Vonier, Oberrieden, hat wieder einmal das Gefühl, auf der richtigen Seite zu stehen. Der Service ist himmeltraurig, sagt er.

Es sind noch zwei Wochen bis zur Abstimmung über die Pro-Service-public-Initiative und man kann sagen, dass sich Herr Vonier sehr dafür engagiert hat. Die Vorlage blieb lange unbeachtet, alle Parteien und Parlamentarier lehnten sie ab, und seit ihr die ersten Umfragen gute Chancen versprochen, fragt sich das Land: Wer sind denn die, die Ja stimmen?

Als die Initianten, ein Grüppchen von journalistischen Konsumentenschützern, für eine achtseitige Broschüre ein paar Stimmen aus der Bevölkerung gesucht hatten, schrieb auch Herr Vonier ein «Memo», wie er das nennt. Zehn Zeilen mit guten Argumenten, aber am Ende veröffentlichten sie nur einen Satz und schickten ihm nicht einmal das Gut zum Druck, das er verlangt hatte. Herr Vonier kam sich ein bisschen verschaukelt vor.

Die Initianten platzierten ihn schliesslich zuoberst auf der Seite neben dem Titel «Grosse Unzufriedenheit in der Bevölkerung», unter seinem Bild stand: «Die SBB verschwenden lieber Millionen, als funktionierende Billettautomaten aufzustellen.» Herr Vonier hätte schon noch andere Argumente gehabt, er bringt sie jetzt halt via Telefon unter die Leute: «Ich bin unzufrieden. Schauen Sie mal die Manager dieser Staatsbetriebe an. Was diese Herrschaften für Saläre verdienen! Da greifen Sie sich an den Kopf!»

Herr Vonier war zwanzig Jahre seines Lebens in der FDP, aber irgendwann trat er aus, «weil sie keine Linie mehr hatte». Heute schreibt er manchmal Leserbriefe, in der *Weltwoche* kommentierte er die Flüchtlingspolitik von «Frau Sommaruga»: «Lethargie lässt grüssen. Wil Von-

ier, Oberrieden». In Asylfragen stimmt er jetzt mit der SVP – generell wähle er inzwischen noch zu dreissig Prozent seine alte Partei, «die sich wieder gebessert hat», und zudem «sicher zu dreissig Prozent» die SVP. Wil Vonier ist einer jener Wähler, die die Partei auf dem Weg zur Volkspartei dazugewonnen hat.

Mehr Einigkeit war nie

Die SVP war im Parlament geschlossen gegen die Pro-Service-public-Initiative. Thomas Hurter, der Fraktionssprecher im Nationalrat, sagte im vergangenen Herbst: «Man könnte sogar sagen, die Initiative zwingt den Bund, nicht mehr marktwirtschaftlich zu arbeiten. Das wollen wir alle nicht.» Der Nationalrat empfahl die Initiative mit 196 zu null Stimmen zur Ablehnung, der Ständerat mit 43 zu null. Mehr Einigkeit war nie.

Die Initiative der eher linken Konsumentenkämpfer will, dass Post, SBB und Swisscom nicht mehr auf Gewinnen zielen, sondern auf die Verbesserung des Service. Im Zweifel die Poststelle im Domleschg beibehalten, statt Dividende ausschütten. Es wäre eine Rückführung ins Zeitalter der Anstalten.

Die SVP war eine der ersten Gegnerinnen der Anstalten – sie wollte sie Ende der 1990er-Jahre in schlanke und rentable Staatsunternehmen umbauen.

Es war der Geist der Zeit. Die Post schloss in den vergangenen fünfzehn Jahren 1800 Poststellen und baute über 5000 Briefkästen ab. Die Swisscom wurde teilprivatisiert und ging an die Börse. Die SVP begleitete diese Entwicklung in einer Art politischen Fan- kurve. Wenn die Partei mit anderen Rechtsparteien in Europa verglichen wird, grenzen sich ihre Kader gerne mit dem Verweis ab, man sei um Welten liberaler in der Wirtschaftspolitik. Im November sagte Christoph Blocher in einem Interview mit der *NZZ*: «Für die Schienennutzung der SBB ist eine Privatisierung durchaus angezeigt. Bei der Post bin ich für eine Freigabe auch bei den Briefen.»

Die Bundeshaus-Fraktion der SVP lehnte die Pro-Service-public-Initiative

zu null ab, ebenso der Zentralvorstand mit seinen hundert Mitgliedern. Es schien keine zweite Meinung zu geben.

In den ersten Umfragen vor der Abstimmung am 5. Juni sagten 58 Prozent der Befragten Ja zur Initiative, unter den SVP-Wählern lag der Ja-Anteil bei 62 Prozent. Es war ein Resultat ohne Ankündigung und eine Position ohne Legitimation in der Partei.

Dann kam Roger Köppel aus seinen Ferien zurück.

Es war der Dienstag der vergangenen Woche, und Köppel suchte ein Thema für seine Kolumne in der *Weltwoche*. «Ich muss ja jede Woche meine eigene Überflüssigkeit überwinden mit

einem hoffentlich interessanten Text.» In Amerika hatte er im Abstimmungsbüchlein geblättert, jetzt telefonierte er mit ein paar Freunden: «Hallo, ich bin zurück! Du, ich finde diese Initiative da sehr interessant, die hat ja eine staatsphilosophische Tiefe!» Man muss sich, wenn man diesen Satz liest, sein ironisches Lächeln dazudenken.

Am Donnerstag schrieb der SVP-Nationalrat in der *Weltwoche* unter dem Titel «Wuchernde Staatsbetriebe»: «Weil Staaten mächtige, relativ unsterbliche Monopole sind, muss man sie politisch fesseln. Weil private Unternehmen sterbliche Nichtmonopole sind, die im täglichen Konkurrenzkampf bestehen müssen, sollte man sie politisch so weit wie möglich entfesseln. Viele politische Probleme entstehen, wenn Staat und Unternehmertum verwechselt und vermischt werden.» Es war ein Plädoyer für die Initiative, aus Gründen, die nie genannt wurden von den Initianten. Ein liberales Manifest.

«Oberste Hubraumklasse»

Vor der SVP-Fraktionssitzung am Freitagmittag sitzt Roger Köppel in einer Eckbank in Jack's Brasserie am Berner Bahnhofplatz – und auf Widerprüchen. Er sieht da, wo er jetzt Tee trinkt, jeden, der den Saal betritt. Konfrontation als Lebenseinstellung.

Köppel erreicht seine politische Grundtemperatur schnell und ohne



Basler Zeitung / Berufs- & Weiterbildung.
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 2
Fläche: 129'780 mm²

Probleme. «Wenn Sie das Abstimmungsbüchli lesen, irritiert Sie die Argumentation des Bundesrats. Da scherbelt es gehörig, das ist ein Geknirsche der obersten Hubraumklasse. Der Bundesrat sagt: «Staatsbetriebe müssen profitabel sein! Sonst gibt es keine Innovationen mehr!» Er redet da wie ein Unternehmer. Wie ich reden würde. Und das kann es nicht sein.»

Was den liberalen und den konservativen Flügel verbindet, ist die Kritik am Status quo.

Wenn man ihm sagt, dass genau das die Position seiner Parteikollegen im Parlament sei – «Auch die staatlichen Firmen müssen betriebswirtschaftlich denken!» –, dann sagt er: «Ja, stimmt.» Und lächelt schief. «Diese Überlegung ist natürlich auch verständlich. Aber, noch einmal, ein Staatsbetrieb ist eben keine private Firma. Wenn er Gewinne macht, Dividenden ausschüttet, hohe Löhne zahlen kann, dann kann man ihn ja privatisieren!»

Nationalrat Köppel kommt aus einer anderen Ecke der Argumentation als, sagen wir, Wil Vonier, Oberrieden. Herr Vonier kritisiert den Abbau des Service, es ist die Haltung des Konservativen. Köppel kritisiert, dass Swisscom oder Post auf der Suche nach Gewinn in die Gebiete der Privaten vorstossen. Es ist die Kritik des Liberalen. Am Ende vereint die beiden Männer die Kritik am Status quo. Es ist vielleicht der Generalschlüssel zu vielen Erfolgen der SVP.

Roger Köppel hört sich diese Fragen alle an: Glauben Sie, dass Ihre Wähler auch nur annähernd so liberal sind wie Sie? Gibt es da ein grosses Missverständnis zwischen Parteileitung und Wählern? Er sagt: «Diese Vorstellung, die Sie da haben, dass das die Chnuschti-Fraktion ist, die sich am liebsten im Muotatal in einer Höhle verkriechen

und sich in einer Gletscherspalte an den nostalgischen Vorstellungen wärmen würde, die halte ich für falsch.»

Oder ist es nicht so, dass Sie am Ende die Privatisierung wollen – und Ihre Wähler in ihren Dörfern weiterhin eine Poststelle und ein Postauto?

Er ist geistig genug flexibel, um jetzt zu sagen: «Vielleicht ist es so, dass die abnehmende Servicequalität ein Symptom ist für die Verwilderung in den Staatsbetrieben, für diese Anything-goes-Mentalität. Das müsste man einmal genauer untersuchen – wäre ein interessanter Artikel.»

Köppel wechselt zwischen Dialekt und Hochdeutsch hin und her in Jack's Brasserie, je nachdem wie wichtig ihm eine Aussage erscheint. Manchmal spricht der Nationalrat noch immer wie ein Journalist, bald will er einmal darüber schreiben, dass der Service im Sozialismus immer zusammengefallen sei. Je mehr der Staat mache, desto mehr verlottere alles. Man sieht sofort ein *Weltwoche*-Cover vor sich, auf dem ein Zug der SBB auseinanderfällt, im Cockpit, grinsend: Doris Leuthard. Titelvorschlag: «Die grosse Entgleisung».

Die Freisprechanlage

Was Roger Köppel primär als Not des Blattmachers beschreibt, die Entstehung seiner Service-public-Position, kann man auch als politisches Manöver sehen. Der bestgewählte Nationalrat legitimiert jene 62 Prozent SVP-Wähler, die von der Parteilinie abweichen – mit einem intellektuellen Überbau, der Lehre des Liberalismus. Der neue Star stellt die Verbindung zur Basis her, er nimmt die Stimmung der Zeit auf, nachdem sich die alten Nationalräte alle schon auf ein Nein festgelegt hatten.

«Vielleicht überschätzen Sie manchmal die kalkulatorischen Hintergründe solcher Artikel», sagt Roger Köppel.

Am Tag nach seinem Editorial bekannte sich auch SVP-Nationalrat Lukas Reimann zur Pro-Service-public-

Initiative – er war der Einzige aus der Fraktion, der damals bei der Abstimmung im Parlament gefehlt hatte. Man kann an Zufälle glauben, wenn man will.

Am Ende stehen auf jeden Fall entweder Roger Köppel oder die SVP als Sieger fest. Was keinen grossen Unterschied macht. Anything goes.

Als Roger Köppel dann aufbricht zur Fraktionsitzung seiner Partei, begrüsst SVP-Präsident Albert Rösti ihn mit einem Spruch: «Du weisch scho, dass de allei bisch auf witer Flur mit dire Position!» Köppel habe nur gelacht, berichtet Albert Rösti am Sonntagnachmittag am Telefon. Er ist unterwegs im Auto und spricht durch die Freisprechanlage.

Rösti sagt: «Wenn ich ehrlich bin, war ich nicht unglücklich über Köppels Editorial. Es ist mir klar, dass er in seinem Beruf als Journalist manchmal eine andere Rolle hat, als Nationalrat der SVP zu sein. Zudem hat sein Bericht dazu beigetragen, dass jetzt mehr darüber gesprochen wird.»

Auf die Nachfrage, ob er auch deshalb zufrieden sei, weil nun alle Meinungen an der Basis durch die Parteilite vertreten sind, sagt er: «Wie gesagt, ich war nicht sonderlich traurig über seine Intervention.» Ein Präsident freut sich über seine parteiinterne Freisprechanlage.

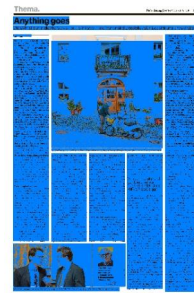
Herr Rösti, gibt es einen Liberalismus-Graben in der SVP?

Er spricht in seine Anlage: «Ja, ich kann mir schon vorstellen, dass unsere Wähler weniger liberal sind als die Parteispitze. Viele von ihnen wohnen auf dem Land, in den Bergen, sie hängen am Postauto und an der Post. Aber dramatisieren will ich das nicht.»

Bald erscheine aber «*Klartext*», sagt Albert Rösti jetzt, die Hauspost der Partei. Da stehe noch einmal drin, weshalb die Initiative abgelehnt werden müsse. «Gerade jene, die einen starken Service public wollen, müssen jetzt Nein stimmen. Denn wenn die Post wieder eine

Datum: 25.05.2016

Basler Zeitung



Basler Zeitung / Berufs- & Weiterbildung.
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 2
Fläche: 129'780 mm²

Anstalt wird und Verluste schreibt, bauen den Service aus, schreiben bald kommt bald wieder der Ruf nach mehr Verluste wie in den alten Zeiten – und Staat – und unsere Partei ist ja nicht die linken Parteien fordern eine Steuer- dafür bekannt, dass sie dauernd neue erhöhung.
Steuern einführen will.»

Das wäre ein mögliches Szenario Keine Frage, wer da die Initiative bei einem Ja: Post, Swisscom und SBB dagegen ergreifen könnte.



«Himmeltrauriger Service»: Parteileute Köppel und Röstli im Bundesthaus; Bürger Vonier im Initiativflugblatt. Foto Keystone